



Bündner Schüler sind noch wenig von Lehrermangel tangiert: Schule in Davos Monstein.

Grossoffensive gegen Lehrermangel

Lohnerhöhungen und Studiengang für Quereinsteiger geplant

Alleine an den Zürcher Schulen fehlen bis in zehn Jahren über 1000 Lehrkräfte. Nun wollen die Kantone gemeinsam gegen den akuten Lehrermangel vorgehen.

Katharina Bracher, Michael Furger

Plötzlich herrscht Alarmstimmung. Nachdem die Kantone lange nichts wissen wollten vom bevorstehenden Mangel an Lehrkräften, ist nun Hektik ausgebrochen. Die grössten Deutschschweizer Kantone arbeiten seit einigen Wochen gemeinsam an Massnahmen. Am kommenden Freitag wollen die Bildungsdirektionen nun zeitgleich an Medienkonferenzen in ihren Kantonen und über eine gemeinsame Medienmitteilung die ganze Schweiz über die Situation informieren.

Im Vordergrund der kantonsübergreifenden Zusammenarbeit stehen unter anderem neue Ausbildungsgänge für Quereinsteiger an den Pädagogischen Hochschulen sowie Lohnerhöhungen. Im Kanton Zürich etwa steht eine Lohnrevision für Lehrkräfte an, die trotz Sparmassnahmen realisiert werden soll, um den Lehrberuf wieder attraktiver zu machen.

Auch der Kanton Aargau – er ist vor einiger Zeit dazu übergegangen, frei werdende Stellen in Österreich auszusuchen – will sich an der gemeinsamen Offensive gegen den Lehrermangel beteiligen, wie Christian Aeberli, Chef der Abteilung Volksschule, bestätigt. Zwei Handlungsfelder sind laut Aeberli wichtig: «Wir müssen mehr Lehrkräfte ausbilden können und den Beruf wieder attraktiver machen.» Letzteres soll vor allem durch eine Anhebung der Saläre erreicht werden.

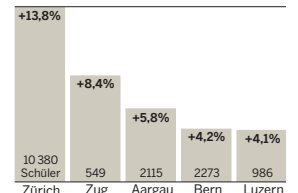
Ziel der interkantonalen Koordination ist es, dass man sich im Kampf um die raren und begehrten Lehrkräfte nicht konkurrenziert.

Doch genau diesen Effekt fürchten die Pädagogischen Hochschulen, da nicht alle Kantone gleichermassen an der Grossoffensive beteiligt seien, wie Willi Stadelmann, Präsident der Schweizerischen Konferenz der RektorInnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (COHEP), feststellt. Die Gefahr bestehe, dass sich die Kantone gegenseitig mit verkürzten Studiengängen unterbieten und einander die Studierenden abjagen. Die COHEP hat darum bereits am Freitag über Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels informiert. Sie will einerseits den Studierenden ermöglichen, bereits früher Praxiserfahrung vor der Klasse zu sammeln, und andererseits Quereinsteigern aus hochqualifizierten Berufen eine Überbrückungsfinanzierung für die Dauer der Umschulung anbieten. Die COHEP versucht mit ihrem Vorgehen zu verhindern, dass die Deutschschweizer Kantone unter dem Druck des Lehrermangels zu drastischen Massnahmen wie unseriösen «Schnellleichen» greifen und damit die Qualitätsanforderungen der Eidgenössischen Konferenz der Erziehungsdirektoren unterlaufen.

Die Autonomie der Pädagogischen Hochschulen ist jedoch klein. Letztlich entscheiden die Kantone selbst darüber, wie drastisch die Massnahmen gegen den Lehrermangel ausfallen. Aufgeteilt wurden die Bildungsdirektionen vor allem durch die Prognose des Bundesamtes für Statistik zu den Schülerzahlen bis ins Jahr 2019. Verschiedenen Kantonen steht ein markanter Anstieg der Volksschülerin-

Volle Klassenzimmer

Prognostizierte Entwicklung der Anzahl Primarschüler bis 2019



nen und -schüler bevor. Den Kanton Zürich trifft es am härtesten. Er muss laut Prognose bis in zehn Jahren mit über 10 000 Kindern mehr (plus 14 Prozent) in der Primarschule und 2000 mehr (plus 5 Prozent) in der Sekundarschule rechnen. «Allein um diese Zunahme zu bewältigen, benötigen wir 1000 zusätzliche Lehrkräfte», sagt Martin Wendelspiess, Chef des Zürcher Volksschulamts. In Bern steigt die Schülerzahl in beiden Stufen um jeweils über 2000. Andere Kantone wie St. Gallen und Graubünden dürfen zwar mit einem Rückgang der Schülerzahlen rechnen. «Sie wissen aber, dass auch sie den Lehrermangel noch spüren werden», sagt Wendelspiess. Parallel zu den steigenden Schülerzahlen kommen in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele Lehrkräfte ins Pensionsalter. Allein schon die Abgänge zu ersetzen, ist aus heutiger Sicht unmöglich. Die Pädagogischen Hochschulen müssten dafür doppelt so viele Lehrkräfte ausbilden wie heute.

Stadt Zürich führt an Schulen Software gegen Amokläufe ein

Ab dem kommenden Schuljahr können Fachleute in Zürich ein spezielles Computerprogramm nutzen, wenn Jugendliche Gewalt anzuwenden drohen.

Andreas Schmid

In einem Pilotprojekt hat die Stadt Zürich eine Anti-Amok-Software erprobt. 25 Experten, darunter Schulpsychologen, Lehrer, Polizisten und Mitarbeiter der Fachstelle für Gewaltprävention, machten sich mit dem Programm «Dyrias» (Dynamisches Risiko-Analyse-System) vertraut. Die Software soll potenzielle Amokläufe Jugendlicher rechtzeitig erkennen und verhindern sowie das Gefährdungspotenzial richtig einschätzen helfen.

Nach der Versuchsphase ist nun eine Fachgruppe aus je drei Polizisten, Schulpsychologen und Präventionsfachleuten gebildet worden. Diese neun Leute bildeten sich mit «Dyrias» weiter. Sie sollen das Hilfsmittel im nächsten Schuljahr gebrauchen können, wenn Jugendliche ernstzunehmende Drohungen ausstossen.

Zurzeit fehle noch die Zustimmung des Datenschützers, der das Sammeln und den Gebrauch der sensiblen Informationen überprüfen möchte, sagt Roland Zurkirchen, der Leiter der Stadtzürcher Fachstelle für Gewaltprävention. Dies lasse sich mit einer korrekten Anwendung der Software gewährleisten, so dass sie in einigen Monaten einsatzbereit sei, so Zurkirchen.

Mit «Dyrias» können Drohungen gegen bestimmte Personen, nicht aber unspezifische Gewaltankündigungen abgeklärt werden. Warnungen ohne Bezug auf Personen habe es im laufenden Schuljahr vereinzelt gegeben, zum Beispiel auf Wände gesprayt, sagt Zurkirchen. In solchen Fällen müsse man Grafologen oder andere Spezialisten beiziehen, «Dyrias» helfe da nicht. Die Software, die von jedem Computer mit

Internetzugang zu gebrauchen ist, geht mit dem Benutzer 32 Fragen durch, worauf das Programm eine Handlungsempfehlung und eine Beurteilung des Gefährdungspotenzials abgibt. «Dyrias» vergleicht die gesammelten Informationen über einen potenziellen Gewalttäter mit den Daten von früheren Amokläufern. Damit könne das Computerprogramm nicht helfen, den Urheber einer Drohung zu eruiieren, aber dazu beitragen, die Fakten zu ordnen und zu objektivieren. «Die Software hilft, die Situation einzuschätzen; den Entscheid, was vorzuziehen ist, müssen die Fachleute aber selber fällen», betont Zurkirchen.

Die Leiter der städtischen Volksschulen sind bereits instruiert worden, wie sie präventiv wirken und sich im Fall einer Amok-Warnung «Dyrias» zu-

nutze machen können. Geplant ist laut Zurkirchen zudem, dass ab September sämtlichen Lehrkräften der 1. bis 9. Klassen an den Zürcher Stadtschulen in einem Kurs das richtige Verhalten bei drohenden Gewaltexzessen beigebracht wird.

Entwickelt hat die Software die Technische Universität Darmstadt, nachdem Amokläufe mit mehreren Opfern an deutschen und amerikanischen Schulen für Entsetzen gesorgt hatten. Zur Erarbeitung des Computerprogramms wurden Ermittlungsakten über Amokläufe ausgewertet und spezifische Indikatoren ermittelt. Frankfurt hat bereits erste Erfahrungen mit der Software gemacht. Zürich sei aber die erste Grossestadt, die das Programm allen Volksschulen zugänglich machen wolle, sagt Zurkirchen.



Ein Schüler tötete bei einem Amoklauf in Winnenden (D) 15 Menschen. (11. März 2009)



Der schwedische Gripen ist einer von drei zur Auswahl stehenden neuen Kampffjet-Typen.

Bundesrat lehnt höheres Armeebudget für Kampffjet-Kauf ab

Andreas Schmid

Das grosse Ringen um den Sicherheitspolitischen Bericht aus dem Departement Ueli Maurer hatte der Bundesrat längst hinter sich, als er das Papier am Mittwoch verabschiedete. Dennoch hat die Landesregierung in der bereinigten Endfassung eine bemerkenswerte Ergänzung angebracht: «Die Armee kann in Anbetracht der sicherheitspolitischen Lage gewisse Lücken bei der Bereitschaft und den militärischen Fähigkeiten in Kauf nehmen.» Damit gibt der Bundesrat zu verstehen, dass er das Armeebudget von rund vier Milliarden Franken nicht erhöhen will und Maurer weiter mit dem vorhandenen Geld auskommen muss.

Diese Haltung des Gremiums musste der Verteidigungsminister in der letzten Bundesratssitzung auch spüren, indem sein konkreter Antrag, den Pfad für die Armee zum Kauf neuer Kampffjets zu erhöhen, von mehreren

Seiten bekämpft und abgelehnt wurde. Angesichts des allgemeinen Spar-drucks gebe es im Bundesrat keine Mehrheit für eine Aufstockung des ordentlichen Armeebudgets, sagt eine bundesratsnahe Quelle.

Maurer müsste demnach die geplante Kampffflugzeugbeschaffung durch anderweitige Einsparungen finanzieren oder auf die Investition verzichten. Beide Optionen waren für Maurer bisher stets untaugliche Lösungen.

Diskutiert hat der Bundesrat dem Vernehmen nach auch die Möglichkeit, neue Kampffjets über einen Sonderkredit zu bezahlen. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf will diese Variante, die bürgerliche Sicherheitspolitiker vorgeschlagen haben, prüfen lassen. Laut dem «Tages-Anzeiger» hat die Eidgenössische Finanzverwaltung allerdings bereits beschieden, dass eine Spezialfinanzierung gegen das Gesetz verstiesse, weil so die Schuldenbremse umgangen würde.